

Internationale Freigeistige Rundschau 4/2006

Europa

Deutschland

I (3635) **Bonn**. Die katholische Kirche hat das „Papstjahr“ 2005 längst nicht so gut bewältigt, wie sie dies noch zu Jahresbeginn 2006 erwartet hatte. Damals hatte sogar Kardinal Lehmann von einem drastischen Rückgang der Kirchengaustritte und einem noch deutlicheren Anstieg der Eintritte fabuliert. Tatsächlich stiegen letztere von 13.000 (in 2004) aber nur auf 16.000, und auch die Austrittszahl nahm nur um 11 Prozent auf knapp 90.000 ab.

Noch mehr dürfte die Kirchenfürsten der abermals rückläufige Gottesdienstbesuch alarmieren: Nur noch 14,2 % der katholischen Schäfchen fanden sonntags den Weg zur Kirche (minus 0,6 gegenüber 2004); selbst in Bayern waren es nur noch 16,5%. Auch die Zahl der aktiven Priester nahm um etwa 2 % ab, die der Nonnen sogar um etwa 6 %. (Statistikreferat der Deutschen Bischofskonferenz, 5.10.06)

Anm. MIZ-Red: Etwas verwunderlich erscheint die offiziell angegebene Mitgliederzahl von 25.905.000. Demnach betrüge das Minus gegenüber 2004 ganze 81.000, obwohl neben den Austritten (netto 73.400) auch die Säuglingstaufer ein Defizit von rund 70.000 gegenüber den Bestattungen aufweisen und auch die Gesamt-Einwohnerzahl um 63.000 auf 82.438.000 abgenommen hat.

Die einzig plausible Erklärung: Die Zahl der infolge eines Zweitwohnsitzes doppelt registrierten Katholiken hat sich wieder deutlich erhöht. Das katholische Statistikreferat hatte diese Teilmenge in früheren Jahren zwischen 350.000 und einer Million veranschlagt, zuletzt aber keine exakten Angaben mehr gemacht. Tatsächlich musste allein die Erzdiözese Bamberg 2002 ihre Mitgliederzahl nach dem Abgleich mit den amtlichen Meldedaten um 26.000 nach unten korrigieren (minus 2,3 %). Sie hatte sich zu den ehrlicheren Zahlen durchgerungen, nachdem zu viele Pfarreien gemogelt hatten, um ihren Personalstand zu erhalten.

Wie fragwürdig die behauptete Katholiken-Gesamtzahl 2005 ist, geht besonders anschaulich aus den bayerischen Zahlen hervor: Dort gab die katholische Kirche sogar eine Zunahme um 24.000 an, obwohl sie bei der Bilanz von Täufern und Eintritten gegenüber den Austritten und Todesfällen um 34.000 abgenommen hat. Auch der Bevölkerungszuwachs um 25.000 erklärt die Diskrepanz nicht, denn bei den Wanderungsbewegungen verlassen per saldo stets deutlich mehr Katholiken den Freistaat, während mehr Evangelische und Konfessionslose zuziehen.

Die Forschungsgruppe FOWID geht (extrem vorsichtig) von nur 340.000 Doppeltzählungen aus, sodass ein Rückgang der Katholikenzahl in 2005 nur von 31,1 auf 31,0 % veranschlagt wurde. Aber für 2010 oder 2011 ist eine Volkszählung per amtlichem Datenabgleich bereits beschlossen, und spätestens dann fliegen alle Manipulationen auf.

I (3636) **Erfurt/Magdeburg**. „Ostdeutsche Kirchen wachsen wieder“ titelte die Kirchenpresse angesichts erster Mitgliederstatistiken für 2005 aus evangelischen Landeskirchen – etwas vorschnell, aber auch nicht ganz grundlos. Die anhaltinische Kirche verzeichnete nämlich als erste Landeskirche seit 50 Jahren mehr Ein- als Austritte, wenngleich die Relation von 164 zu 143 wegen der geringen Zahl nicht viel aussagt, zumal auch Spättaufen zu den Eintritten gerechnet werden. Andererseits

schrumpfte diese extrem kleine Landeskirche von 55.000 auf 52.900, und das nicht nur wegen der Wegzüge: Den 400 Taufen standen 1200 Todesfälle gegenüber. Insgesamt sind in Sachsen-Anhalt, wo es noch zwei größere evangelische Kirchen gibt, 16 % der Bevölkerung evangelisch und 4 % katholisch.

Auch die evangelische Kirchenprovinz Sachsen (wozu kurioserweise ein erheblicher Teil Thüringens gehört) schrumpfte binnen eines Jahres von 513.000 auf 504.000 Mitglieder, weil 2005 den 7500 Bestattungen nur 3200 Taufen gegenüberstanden. Die 2.300 Kirchaustritte (bei 600 Eintritten) fielen auch hier deutlich weniger ins Gewicht als früher.

EKD-Ratsvorsitzender Bischof Huber zog daraus den Schluss, die Kirche dürfe die freie Willensentscheidung der Austretenden nicht widerspruchslos respektieren, sondern „muss“ sich auch danach um sie kümmern. „Den Getauften gegenüber haben wir als Kirche eine Verpflichtung übernommen; diese endet nicht mit dem Kirchaustritt.“ Ob die Betroffenen eine solche Selbstverpflichtung dankend ablehnen, kümmert den Bischof wenig. (*Rheinischer Merkur*, 5.10.06, Pressemitteilungen der beiden Landeskirchen vom 26.9.06; *idea*, 19.9.06)

Anm. *MIZ*-Red.: Seit mehreren Jahren verstärkt sich dieser Trend: Die Austritte nehmen vor allem im Osten und im Norden ab, weil sich die Kirchen dort bereits ihrer Talsohle annähern. Damit wird das Reservoir potentieller Eintrittskandidaten größer, was sich auch in zunehmenden Beitritten (allerdings nach wie vor auf extrem niedrigem Niveau) ausdrückt. Hingegen wirken sich die immer stärkere Überalterung der Mitglieder und die damit zusammenhängende geringere Bereitschaft zur Säuglingstaufe immer stärker aus. Damit wird der Schwund der Kirchen insgesamt nicht geringer, aber konstanter und präziser voraussagbar.

I (3637) **Hannover**. Eine Umfrage der evangelischen Nachrichtenagentur *idea* bei den einzelnen Landeskirchen hat ergeben, dass die Gesamtzahl der Protestanten auch im Jahr 2005 um weitere 242.000 Mitglieder auf 25,388 Millionen geschwunden ist (= 30,8 % der Bevölkerung). Die genauen Ein- und Austrittszahlen sind noch nicht bekannt. Am stärksten ist mit 53.000 (2,0 Prozent) die bayerische Landeskirche geschrumpft, obwohl gerade dort die Einwohnerzahl sogar um 21.000 zunahm. In den letzten fünf Jahren haben die Protestanten damit rund 1,2 Millionen Mitglieder verloren.

Mit diesem Hinweis mokierte sich der evangelikal ausgerichtete Nachrichtendienst indirekt auch über das Impulspapier des Rates der EKD, der noch im Juli das Ziel ausgegeben hatte, die Mitgliederzahl bis 2030 bei 26 Millionen halten zu wollen, während sogar Kirchenexperten bis dahin von einem Rückgang auf 17 Millionen ausgehen. (*idea*, 4.11.06)

I (3638) **München**. Nach längeren Verhandlungen ist die katholische Kirche nun bereit, zwei der sechs bayerischen theologischen Fakultäten angesichts der rückläufigen Theologenzahlen „ruhen“ zu lassen. In Passau und Bamberg sollen nur mehr Religionslehrer ausgebildet werden, was die Zahl der benötigten Professoren auf etwa sechs halbiert. Ob auch in Augsburg die theologische Fakultät gekappt wird, steht noch nicht fest, jedoch wurde der Bibliotheksetat für Theologie hier schon auf ein Drittel heruntergefahren.

Eine Konkordatsänderung wird aber vorerst nicht angepeilt. Darüber soll in einigen Jahren entschieden werden, wenn absehbar ist, ob sich der Rückgang der Theologenzahlen als dauerhaft erweist. (*Süddeutsche Zeitung*, 17.9.06; *Augsburger Allgemeine*, 8.11.06)

I (3639) **München.** Das Verbot der deutschen Bischöfe (auf Weisung des Vatikan) für kirchliche MitarbeiterInnen, ehrenamtlich an kirchlichen Schwangerschaftsberatungsstellen mitzuwirken, hat bei der CSU zu Unverständnis und Enttäuschung geführt. Sie wollen nun den christlichen, aber nicht mehr kirchlichen Verein Donum vitae unterstützen. Dem Verein fehlen bis Jahresende rund 500.000 € Eigenmittel. Inzwischen hat das Land Bayern allerdings auch die kirchlichen Schwangerenberatungsstellen wieder in die Förderung aufgenommen, allerdings nur mit 5 % der Kosten, während Beratungsstellen, die Abtreibungsbescheinigungen ausstellen, mit rund 60 % gefördert werden. (*Süddeutsche Zeitung*, 20.10.06)

I (3640) **Berlin.** Die Initiative des EKD-Ratsvorsitzenden Huber, bis 2017 (dem 500. Jahrestag von Luthers Thesenanschlag) den Reformationstag zu einem bundesweiten Feiertag zu machen, scheint keine guten Aussichten zu haben. Nachdem die evangelische Gottesdienstbesuchsquote schon an Sonntagen nur bei 4 % stagniert, liegt sie an den evangelischen Feiertagen noch darunter. Noch frustrierender war das Ergebnis einer internen Umfrage der bayerischen Landeskirche. Bei insgesamt 610 Antworten wurde der 31. Oktober von 28 % mit dem Monatsletzten und von 19 % mit Halloween in Verbindung gebracht. Nur 53 % sahen darin den Reformationstag (*Rheinischer Merkur*, 9.11.06, bayern-evangelisch.de, 10.11.06)

I (3641) **Bonn.** Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) möchte bei Patientenverfügungen das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen einschränken. Offiziell spricht sich das Gremium zwar nur gegen die „Absolutsetzung“ von Patientenverfügungen aus. Das kirchliche Laiengremium warnt vor dem „gefährlichen Fehlschluss, dass eine früher geäußerte Willensbekundung in jedem Fall dem aktuellen Willen des Betroffenen entspreche“. Wer allerdings statt dem Betroffenen entscheiden oder das Risiko übernehmen soll (z.B. Arzt, Angehörige, ein Jurist, die Kirchen, der Gesetzgeber), sagte das Zentralkomitee vorsichtshalber nicht. (*KNA*, 25.11.06)

I (3642) **Trier.** Der Trierer Landgerichts-Präsident Wolfgang Krämer hat entschieden, nach der Gebäuderenovierung in den Gerichtssälen keine Kreuze mehr anzubringen. Er begründete dies mit dem weltanschaulich neutralen Charakter des Gerichts. Bei den Kirchen stieß dieser „historische Einschnitt“ (so Bischof Marx) auf Widerspruch, der aber vergleichsweise noch maßvoller blieb als bei der CDU. Marx will sogar „die weltanschauliche Neutralität des Staates, an der wir nicht rütteln wollen“, respektieren, befürchtet aber, dass künftig alle religiösen Zeichen aus der Öffentlichkeit verbannt werden könnten

Die Bundestags-Unionsfraktion sieht hingegen „Alarmzeichen für die Werteordnung“. Die Kirchenbeauftragte Fischbach und der Parlamentarische Geschäftsführer Kaster behaupten, die Entscheidung verleugne „wesentliche historische Entwicklungslinien und kulturelle Grundlagen von Staat und Gesellschaft“. Damit würden zentrale Werte der christlich-abendländischen Überlieferung untergraben, auf denen auch der moderne Rechtsstaat ruhe. Die Union werde gegen einen solchen Weg hin zu „radikalem Laizismus“ energisch Widerstand leisten. Auch der rheinland-pfälzische Landtag beschäftigte sich mit der Entfernung der Kreuze. (*KNA*, 26.11.06)

Frankreich

I (3643) **Ploermel/Bretagne**. Rund 500 Demonstranten haben in der bretonischen Gemeinde Ploermel gegen die Errichtung eines riesigen Denkmals für Papst Johannes Paul II. protestiert. Die Kundgebungsteilnehmer verlangten laut französischen Medienberichten, die neun Meter hohe Skulptur nicht auf öffentlichem Gelände aufzustellen. Die Statue stehe im Widerspruch zur gesetzlich verankerten Trennung von Kirche und Staat. Sie entspricht dem Willen von Bürgermeister Paul Anselin; die Gemeinde habe bereits einen drei Meter hohen Sockel für die Skulptur errichtet. (KNA, 19.11.06)

I (3644) **Paris**. Die katholischen Bischöfe des Landes haben den eher konservativen Ministerpräsidenten Chirac wegen der Unterstützung der Spendeninitiative „Telethon“ kritisiert, die der Erforschung und Behandlung von Muskelkrankheiten dient. Der Grund für den Protest: Bei der Forschung werden auch Embryonen verbraucht. Chirac wies die Kritik zurück. (ansa, 6.12.06)

Großbritannien

I (3645) **London**. In dem monatelangen Tauziehen um die Kleiderordnung der Angestellten von *British Airways* (BA) hat das Unternehmen nachgegeben. Die Gesellschaft hatte einer koptischen Christin das Tragen eines Kreuzes über der Uniform untersagt. Nun hat aber die anglikanische Kirche ihrerseits mit dem Abzug jener 15 Millionen Euro gedroht, die sie bei BA investiert hat. Daraufhin musste die Fluggesellschaft klein begeben. (idea, 9.12.06)

Spanien

I (3646) **Madrid**. Die spanischen Bischöfe fordern eine „stärkere katholische Identität“ in ihrem Land. Bei ihrer Vollversammlung verabschiedeten sie pastorale Leitlinien zum Engagement der Kirche in der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation. Die Oberhirten rufen die Spanier dazu auf, "die fehlende Hoffnung zu besiegen" und die katholische Ethik umzusetzen.

Der Text gilt als Kampfansage an die Regierung, die erst kürzlich dem Religionsunterricht den Status des Vorrückungsfachs genommen und nur noch allgemeine Religionskunde als Pflichtfach verankert hat. (sir, 25.11.06)

Vatikan

I (3647) **Ankara**. Der Papst, nach seiner als islamfeindlich gebrandmarkten Regensburger Rede gewaltig unter Druck, hat während seines Türkei-Besuchs ungewöhnliche Zugeständnisse gemacht, um seine Reputation wieder zu verbessern. Seine Gastgeber hingegen nutzten die Chance, einen neuen Verbündeten in ihrem Bestreben zu gewinnen, der Aufnahme in die EU näher zu kommen. Der griechisch-orthodoxe Patriarch von Konstantinopel, Bartholomaios I., brachte das in einem Zeitungsinterview auf den Punkt: Die Regierung Erdogan solle alles tun, damit die Papstreise in die Türkei am Monatsende zu einem Erfolg werde und das Image der Türkei kurz vor dem EU-Gipfel vom Dezember nicht beschädigt werde. „Der Papst hat Einfluss in der Welt. Das ist keine Persönlichkeit, die man

abschätzig behandeln kann." Und weiter: "Wenn irgendwas passiert, dann wird man natürlich in Brüssel im Dezember darüber diskutieren." (*Agence France Presse*, 19.11.06)

Daher waren schon die Vorbereitungen und die Sicherheitsmaßnahmen gewaltig. Die Türkei bot für die Reise von Papst Benedikt XVI. mehr Sicherheitsmaßnahmen auf als für den Besuch von US-Präsident George W. Bush. Das betonte der türkische Außenminister Abdullah Gül in einem Interview der Tageszeitung "Corriere della Sera". Zugleich wandte er sich gegen den Eindruck, er habe dem Papst ausweichen wollen. (*Radio Vatikan*, 26.11.06)

Die Polizei in Ankara nahm potenzielle Störer während des Besuchs von Papst Benedikt XVI. vorbeugend in Haft. Wie die Zeitung "Sabah" am 27.11. unter Berufung auf das Polizeipräsidium meldete, sollten einschlägig bekannte Mitglieder nationalistischer Organisationen zwei Tage lang in Gewahrsam gehalten werden, bis der Papst die türkische Hauptstadt wieder verlassen hat. Die Behörden wollten damit verhindern, dass die Reise gestört oder das Kirchenoberhaupt angegriffen werde, berichtete die Zeitung. Auch sonst herrschte in Ankara höchste Sicherheitsstufe. So stand entlang der Strecken, die der Papstkonvoi nimmt, alle "50 Meter" ein Polizist. (*KNA*, 27.11.06)

Dabei war der ganze Rummel den meisten Türken egal: 38 % äußerten dies in einer landesweiten Umfrage unter 4000 Personen, weitere 14 % hatten dazu noch nicht einmal eine Meinung. Nur zehn Prozent begrüßten den Besuch, 38 % waren dagegen. (*KNA*, 16.11.06)

Wie erwartet, hatten schon vor Eintreffen des Pontifex mehrere zehntausend Menschen in Istanbul gegen den bevorstehenden Besuch demonstriert. Dass es nicht mehr waren, lag am Veranstalter: Zu der Kundgebung hatte die kleine, aber militante islamistische Glückseligkeitspartei (SP) aufgerufen. Bei den Demonstranten handelte es sich daher fast nur um die Stammwählerschaft der SP. Der Platz der Kundgebung war in einen Männer- und einen Frauenteil aufgeteilt. Fast alle Frauen trugen Kopftuch oder sogar Carsaf, wie der Tschador in der Türkei heißt. Zahlreiche Demonstranten schwenkten SP-Fahnen oder von der Partei vorbereitete Plakate. (*KNA*, 26.11.06) Der islamistische Ministerpräsident Erdogan hatte den Demonstranten indes eine harte Abfuhr erteilt, weil sie seine politischen Interessen gefährdeten. Die türkische Zeitung "Milliyet" zitierte den Premier mit den Worten: "Gerade, wo wir uns um den Dialog der Kulturen und Religionen bemühen, versuchen einige, uns an diesem Vorhaben zu hindern. Das stimmt mich traurig. Die Haltung dieser Randgruppen repräsentiert nicht unsere Einstellung". Die Aktionen der Anti-Papst-Demonstranten werden allerdings im Ausland überbewertet, heißt es in Ankara.

Um die Stimmung zu verbessern, bat der Papst schon im Vorfeld selbst „als Zeichen der Anerkennung des Islam“ um einen Moscheebesuch während seiner Türkeireise. Schon vorab betonte der "Außenminister" des Vatikan, Erzbischof Dominique Mamberti, in einem Interview mit der katholischen italienischen Tageszeitung „L'Avvenire“, dass der Vatikan nicht gegen einen EU-Beitritt der Türkei sei. Der Erzbischof fügte aber an, dass die Türkei im Falle eines Beitritts die Religionsfreiheit respektieren müsse. Über die gegenwärtigen Proteste in der Türkei zum Papst-Besuch sagte Mamberti, dass der Vatikan „die Misstöne nicht verstärken möchte“. (*Radio Vatikan*, 25.11.06)

Später interpretierte Erdogan, der sich das Treffen mit Ratzinger entgegen erster Absichten dann doch nicht nehmen lassen wollte, dies als Zustimmung des Vatikan zu einer Aufnahme der Türkei in die EU, während der Heilige Stuhl dies absichtlich

offen lassen wollte. Noch beliebter machte sich der Gast, als er in der „Blauen Moschee“ an einem islamischen Gebet teilnahm, sich dabei sogar nach Mekka wandte und still verharrete. (Anm. MIZ-Red.: Er konnte ja auch noch nicht wissen, dass Kardinal Meisner wenige Tage später die Teilnahme von Katholiken an multireligiösen Feiern verbieten würde.) Dabei lobte er den Islam als „friedliche Religion“. (*Augsburger Allgemeine*, 30.11.06)

Dass er am Ende nach so vielen Demutsgesten allgemeine Anerkennung finden werde, stimmte nicht nur die Vatikan-Diplomaten, sondern auch die Gastgeber zufrieden – nur nicht die 15.000 Katholiken in der Türkei, deren Lage sich nach Einschätzung eines Sprechers kaum bessern dürfte. (*Radio Vatikan*, 6.12.06)

I (3648) **Los Angeles**. Peinliche Wendung für den Vatikan: Da wird am 26.11. im Vatikan die Weltpremiere eines Hollywoodfilms gezeigt: "Nativity. Es begab sich aber zu der Zeit...". Auf schnulzige Weise wird die Geburt des christlichen Religionsstifters in einem amerikanischen "Krippenspiel" in Szene gesetzt. Mehr als 7000 Menschen applaudieren bei der Uraufführung, als das Jesuskind das Licht der Welt erblickte. Angetan war auch der Präsident des päpstlichen Medienrates, Erzbischof John Patrick Foley: *"'Nativity' ist ein Film, der den wesentlichen Inhalt des christlichen Glaubens reflektiert. Er gibt das Geheimnis der Fleischwerdung Christi wieder und stellt es in die große Tradition der Ikonographie von Künstlern aller Zeiten, welche die Mutterschaft Marias porträtiert haben."*

Das Event hatte verschiedene Unterstützer: unter anderem den päpstlichen Kulturrat, den päpstlichen Rat für Kommunikation, die vatikanische Filmbibliothek und den päpstlichen Rat Cor Unum. (*Radio Vatikan*, 27.11.06)

Doch mitten in die Erwartungen von einer attraktiven Werbegeschichte platzte pünktlich zum Kinostart am 1. Dezember die Nachricht, dass die 16-jährige Darstellerin der keuschen Maria selbst schwanger ist. Während ein Teil der Geistlichkeit betroffen und sprachlos reagierte, meinten Vertreter der amerikanischen Keuschheitsbewegung „Wahre Liebe wartet“, zwar entspreche die Darstellerin privat nicht den hohen moralischen Maßstäben der biblischen Maria (deren Kind seiner Meinung nach offenbar ohne Geschlechtsakt produziert wurde), aber vor Gott habe jeder die Chance auf Vergebung. (*idea*, 6.12.06) Der Vorbildswert der Story freilich war dahin.

I (3649) **Tel Aviv**. Papst Pius XII. wusste vom Holocaust mehr, als der Vatikan bisher zugegeben hat. Die israelische Historikerin Dina Porat fand in einem Briefwechsel zwischen dem Gesandten der Jewish Agency in Istanbul und dem dortigen Nuntius Giuseppe Roncalli Belege, dass der spätere Papst Johannes XXIII. vorsichtige Kritik am Schweigen des Heiligen Stuhls zum Holocaust übte. So bat Roncalli 1943 (vergeblich) den slowakischen Präsidenten, den katholischen Priester Frantisek Tiso, die Deportation der insgesamt 70.000 slowakischen Juden zu stoppen. Im Juni 1944 berichteten zwei aus Auschwitz entkommene Juden dem jüdischen Gesandten in Istanbul, der umgehend Roncalli informierte. Dessen Kurzbericht wurde am 24. Juni 1944 an den Vatikan abgesetzt. Der Vatikan hatte bisher jedoch behauptet, vor Oktober 1944 keine Kenntnis vom Ausmaß des Holocaust besessen zu haben. Dina Porat, Professorin für jüdische Geschichte, bedauerte, dass zentrale Bestände des vatikanischen Geheimarchivs für die Zeit ab 1939 nach wie vor gesperrt sind. (*Die Welt*, 5.12.06)

I (3650) **Vatikanstadt.** Wie geschickt der Vatikan anerkannte Begriffe entwerten und ins Gegenteil verdrehen will, demonstrierte sein Haussender am Beispiel von Laizität und Laizismus.

Der Titel eines Beitrags „Papst verteidigt ‚gesunde Laizität‘ “ versprach einen Dialog mit Nichtgläubenden. Doch dann heißt es wörtlich und ungekürzt:

Gott und Religion dürfen nicht aus der Gesellschaft verbannt werden. Das hat Papst Benedikt heute gegenüber katholischen Juristen Italiens betont. In einer Sonderaudienz für die Teilnehmer eines nationalen Kongresses zum Thema "Laizität und Laizismen" erklärte der Papst, die Trennung von Staat und Kirche dürfe nicht eine a-religiöse und wertelose Gesellschaft zur Folge haben.

„Gesunde Laizität‘ bedeutet, dass der Staat die Religion nicht als reines persönliches Gefühl betrachtet, das man in das Privatleben verbannen könnte. Im Gegenteil: Die Religion, die in sichtbaren Strukturen wie der Kirche organisiert ist, wird als Gegebenheit der Gesellschaft anerkannt. Das bedeutet weiterhin, dass jeder religiösen Konfession (solange sie nicht im Gegensatz zur moralischen Ordnung steht und die öffentliche Ordnung nicht gefährdet) die freie Ausübung der kultischen Aktivitäten - geistlicher, kultureller, erzieherischer und karitativer - der Gemeinschaft der Gläubigen garantiert wird.“

Laizismus, der jede politische und kulturelle Relevanz von Religion bestreite, sei falsch verstandene Laizität.

„Es ist auch kein Zeichen ‚gesunder Laizität‘, der christlichen Gemeinschaft und ihren rechtmäßigen Vertretern das Recht zu verweigern, sich zu moralischen Fragen zu äußern. Hier handelt es sich nicht um eine unrechtmäßige Einmischung der Kirche in die gesetzgeberische Kompetenz des Staates, die ihm vorbehalten ist, sondern um die Bekräftigung und Verteidigung der großen Werte, die dem menschlichen Leben Sinn geben und seine Würde schützen. Noch bevor sie christlich sind, sind diese Werte menschlich. Deshalb sind sie der Kirche nicht egal und lassen sie nicht schweigen. Die Kirche hat die Pflicht, mit Bestimmtheit die Wahrheit über den Menschen und seine Bestimmung zu verkünden.“

Laizität habe ursprünglich nur den Stand des Nicht-Klerikers bezeichnet, im Mittelalter sei die Bedeutung vom Gegensatz zwischen den weltlichen Mächten und den kirchlichen Hierarchien dazugekommen. Erst in der Moderne verstehe man darunter den Ausschluss der Religion und ihrer Symbole aus dem öffentlichen Leben. Der Begriff sei ideologisch geradezu ins Gegenteil verkehrt worden, so der Papst. (*Radio Vatikan*, 8.12.06)

Anm. MIZ-Red.: So einfach ist das also: Die Kirche schützt die „großen Werte“ und tut das auch zu Recht, denn diese Werte sind nicht bloß christlich, sondern allgemein menschlich; was aber für die Allgemeinheit verbindlich ist, bestimmt natürlich die Kirche. Wer von vornherein so felsenfest überzeugt ist im Recht zu sein, weil er das Recht auch gleich selbst festlegt, wird nie und nimmer zu einem echten Dialog bereit sein und fällt in die Epoche vor dem Konzil zurück! Selbstverständlich haben die Kirchen das Recht Ihre Auffassung in der Gesellschaft mitzuteilen – aber doch nur als eine Gruppe von mehreren und nicht gleich als ultimativer Schiedsrichter für alle. Doch die folgende Meldung steigert all das noch ...

I (3651) **Vatikanstadt.** Der Verstand ist nicht „selbstgenügsam“, sondern sollte sich dem Glauben öffnen. Das schreibt der vatikanische Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone im Auftrag des Papstes in einem Brief an einen römischen Kongress über die katholische Soziallehre. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Der Glaube muss ständig den Verstand reinigen, und die Liebe muss die Gerechtigkeit reinigen, damit

diese sich nicht in sich selbst verschließen. An dieser Stelle, wo der Glaube die Vernunft reinigt und die Liebe die Gerechtigkeit, setzt die katholische Soziallehre an.”
(*Radio Vatikan*, 19.11.06)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

I (3652) **Washington**. *The Brights*, ein von den USA ausgehender, aber weltweit vernetzter Zusammenschluss von rational und säkular orientierten Menschen, hat nun auch eine deutschsprachige Homepage, die unter www.brights-deutschland.de erreichbar ist. Der Organisation kann man sich kostenfrei per E-Mail anschließen, sie versendet allerdings auch keine herkömmliche Post. (*Brights Bulletin* 41, vom 30.9.06)

Lateinamerika

Nicaragua

I (3653) **Managua**. Der inzwischen abgewählte Präsident Enrique Bolanos hat ein Gesetz zum Verbot aller Schwangerschaftsabbrüche in Kraft gesetzt. An der Unterzeichnungszeremonie nahmen auch katholische und protestantische Kirchenführer teil, obgleich diese wegen der Trennung von Staat und Kirche dort normalerweise gar nichts zu suchen haben.

Laut dem Gesetz sind Abtreibungen auch nach Vergewaltigung oder in Fällen verboten, in denen das Leben der Mutter in Gefahr ist. Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) hatte Bolanos aufgerufen, das Gesetz nicht zu unterzeichnen, weil es im Widerspruch zu internationalen Übereinkommen stehe. Nicaraguas Parlament hatte Ende Oktober beschlossen, dass künftig jede Abtreibung strafbar sein soll. Eine Erhöhung des Strafmaßes von 8 auf bis zu 30 Jahre lehnten die Abgeordneten allerdings ab. Auch Bolanos Nachfolger, der Anfang November gewählte ehemalige Sandinist Daniel Ortega, sprach sich für die Gesetzesverschärfung aus. (*KNA*, 19.11.06)

Asien

Indien

I (3654) **Kerala**. Die katholischen Bischöfe Indiens haben die Gläubigen aufgefordert, mehr Kinder zu bekommen. Gerade im Süden Indiens sei die Zahl des katholischen Nachwuchses nochmals gesunken, z.B. sei in der Provinz Kerala der Katholikenanteil binnen zehn Jahren von 22 auf 19 % zurückgegangen.

Über die fatalen gesamtwirtschaftlichen Folgen eines Babybooms ausgerechnet in Indien verloren die Oberhirten kein Wort. (*Radio Vatikan*, 5.8.06)

Pakistan

I (3655) **Karachi**. Vergewaltigung wird in Pakistan künftig nicht mehr nach islamischem Recht, sondern nach dem weltlichen Strafgesetz geahndet. Dies beschloss das Parlament gegen den Widerstand islamistischer Abgeordneter, die darin eine „Ermunterung zu freiem Sex“ sehen und die Abstimmung boykottierten. Ministerpräsident Shaukat Aziz sprach von einem „historischen Gesetz“, das den Frauen Rechte zugestehe und Exzesse gegen sie verhindere. (*apa*, 16.11.06)

Afrika

Ägypten

I (3656) **Kairo**. Ungewöhnlich viel Mut bewies Ägyptens Kulturminister Faruk Hosni mit islamkritischen Bemerkungen in einem Zeitungsinterview. Ägypten könne nicht vorankommen, solange seine Einwohner auf religiöse Verlautbarungen starren, die „keine fünf Cent“ wert seien, so der Minister in dem Gespräch. Hosni, ein liberaler Maler, der seit fast zwanzig Jahren Kulturminister ist, meinte außerdem, Frauen seien „wie Blumen“; sie sollten ihr schönes Haar nicht bedecken oder verstecken. Trotz heftiger Proteste gegen seine Äußerungen weigert sich Hosni, sich für seine Äußerungen zu entschuldigen; sie gäben zwar nur seine persönliche Meinung wieder, aber er stehe zu ihnen, und er sei auch nicht falsch zitiert worden. Islamisten sorgten für einen Sturm der Empörung unter vielen Moslems im Land. (*Reuter*, 19.11.06)

Ruanda

I (3657) **Den Haag**. Emanuel Rukundo ist – neben mehreren Nonnen – der zweite katholische Priester, der wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor dem UNO-Tribunal für Ruanda erscheinen muss. Ihm wird die Mobilisierung gegen die Tutsi und die Verantwortung für die Ermordung zahlreicher Menschen vorgeworfen. (*Agence France Presse*, 16.11.06)

Südafrika

I (3658) **Kapstadt**. Das südafrikanische Parlament hat die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Personen erlaubt und ist damit über die Gesetzeslage der meisten westlichen Staaten hinausgegangen, die mehrheitlich nur eine „eingetragene Partnerschaft“ mit minderen Rechten vorsieht. Innenminister Mapisa-Ngakula sieht darin einen weiteren Schritt in der Bekämpfung jeder Form von Diskriminierung, zu der auch die „Ablehnung gegenüber Homosexuellen“ gehöre. Widerstand kommt jedoch von der Südafrikanischen Katholischen Bischofskonferenz. Der Vorsitzende, Erzbischof Napier meinte, die neue Regelung sei gegen das „natürliche Sittengesetz“ gerichtet und nicht nur gegen die Familie. Sie untergrabe das Gemeinwohl und bringe die Grundfesten der Gesellschaft zum Wanken. Sogar gegen das Wohl der Kinder richte sich das Gesetz, denn es werde ihnen eine „große Ungerechtigkeit“ angetan. „Das Gemeinwohl erfordert es, dass die Gesetze die Ehe als Grundlage der Familie, der Keimzelle der Gesellschaft, anerkennen, fördern und schützen“, meinte Napier wörtlich, schloss aber gleichwohl für sich selbst die Gründung einer solchen Keimzelle der Gesellschaft aus. Eine Anerkennung gleichgeschlechtlicher

Verbindungen oder gar deren Gleichsetzung mit der Ehe „würde auch die Grundwerte verdunkeln, die zum gemeinsamen Erbe der Menschheit gehören. Die Kirche kommt nicht umhin, diese Werte zu verteidigen – zum Wohl aller Männer und Frauen und zum Wohl der ganzen Gesellschaft.“

In Südafrika gehören der katholischen Kirche weniger als 20 % der Bevölkerung an. (*Zenit – Die Welt von Rom aus gesehen*, 16.11.06)

Ozeanien

Australien

I (3659) **Toowoomba**/Queensland. Auch die Lutheraner sind längst nicht so frauenfreundlich, wie sie sich selbst gern geben. In der Lutherischen Kirche von Australien wird es z.B. vorerst überhaupt keine Pfarrerinnen geben. Bei der jüngsten Synode verfehlte ein Antrag auf Änderung der Grundordnung, die die Frauenordination zugelassen hätte, die nötige Mehrheit. Die Lutherische Kirche Australiens hat 75.000 Mitglieder. (*idea*, 19.11.06)